

Erscheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Feiertage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil:
die Zeile 20 Goldpfennige
b) im Reklameteil:
die Zeile 65 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag

Für Plakatschriften
kann keine Gewähr
übernommen werden

Verichtstand
für beide Teile ist Calw



Amts- und Anzeigblatt für den Oberamtsbezirk Calw

Bezugspreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige
wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 40 Gold-
pfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigen-
annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Lieferung
der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises

Fernsprecher Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung:
Friedrich Hans S. Heele
Druck und Verlag
der A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei

Keine Einberufung des Reichstags

Reichstagszusammentritt voraussichtlich nicht vor dem 23. Februar

Vorbereitungen zur Volkswahl Hindenburgs

— Berlin, 13. Jan. Der Aeltestenrat des Reichstages hat am Dienstag mittig den Antrag auf sofortige Einberufung des Reichstages abermals abgelehnt. Die Ablehnung des kommunistischen Antrages erfolgte gegen die Stimmen der Nationalsozialisten, der Deutschnationalen und der Kommunisten, deren Fraktionen im Reichstag zusammen nur 229 Mitglieder haben. Die Vertreter der Volkspartei waren der Sitzung des Aeltestenrats ferngeblieben.

In der Aussprache über den Antrag erklärten die Sozialdemokraten, sie könnten für eine Einberufung des Reichstages deshalb nicht eintreten, weil es bei einer Aufhebung der Notverordnung unmöglich erscheine, daß die die Aufhebung herbeiführenden Parteien hinterher auch eine arbeitsfähige Regierung bildeten. Der Vertreter der Deutschnationalen, Abg. Dr. Oberfohren, führte demgegenüber aus, eine solche Auffassung widerspreche allen Grundsätzen der Demokratie, die auf dem Mehrheitsprinzip aufgebaut sei. Die Vermutung, daß nach einem durch den Reichstag herbeigeführten Sturz des Kabinetts Brüning eine arbeitsfähige Regierung nicht zustande kommen werde, sei durchaus unbegründet.

Der Vertreter des Christl.-Sozialen Volksdienstes, Abg. S impfendorfer, erklärte, seine Fraktion würde einer Einberufung des Reichstages zustimmen, wenn die Tagesordnung nur den Punkt „Erklärung der Reichsregierung zur Außenpolitik“ enthalte, und zwar unter der Bedingung, daß im voraus feststehe, daß der weitaus größere Teil der Parteien sich den Ausführungen der Reichsregierung gegenüber aufstimmend verhalte. Abg. Dr. Oberfohren sah in einer solchen Bedingung eine unmögliche Forderung und stellte den Antrag, für den Fall der Ablehnung des kommunistischen Antrages den Reichstag zum nächstliegenden Termin einzuberufen mit der Tagesordnung „Erklärung der Reichsregierung zur Außenpolitik und Besprechung“.

Abg. D ö b r i c h (Landvolk) sprach sich für den deutschnationalen Antrag aus, machte aber zur Bedingung, daß sich alle Parteien vorher verpflichteten, dafür zu sorgen, daß die Reichstagsitzung nur zu einer gemeinsamen außenpolitischen

ischen Kundgebung benutzt werde. Dieses Versprechen war jedoch nicht von allen Fraktionen zu erlangen.

Staatssekretär Pünder sagte die Stellungnahme der Reichsregierung dahin zusammen, daß ein Zusammentritt des Reichstages nicht vor dem vom Parlament selbst in Aussicht genommenen 23. Februar erfolgen möge.

Um die Reichspräsidentenwahl

Bericht des Reichskanzlers bei Hindenburg

— Berlin, 13. Jan. Amtlich wird mitgeteilt: Der Herr Reichspräsident empfing gestern mittig Reichskanzler Dr. Brüning zum Vortrag. Der Reichskanzler berichtete dem Reichspräsidenten über seine Fühlungnahme wegen der Möglichkeit einer parlamentarischen Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten durch den Reichstag. Auf Grund dieses Vortrages hat der Herr Reichspräsident den Reichskanzler, von einer weiteren Verfolgung des Weges der parlamentarischen Lösung der Frage Abstand zu nehmen.

H i t l e r hat seine ablehnende Haltung gegenüber dem Vorschlag Brüning nicht dem Reichskanzler, sondern dem Reichspräsidenten persönlich in einem Schreiben übermittelt. Das Schreiben, das lediglich zur persönlichen Unterrichtung des Reichspräsidenten dient, soll nicht veröffentlicht werden.

Die Bemühungen um die Wiederwahl des Reichspräsidenten von Hindenburg auf dem Wege der Volkswahl sind, wie die „D.N.Z.“ meldet, bereits in vollem Gange. Um seine Wahl als Gemeinschaftskandidat einer Einheitsfront sicherzustellen, werde voraussichtlich ein überparteilicher Ausschuss gebildet werden, der, wie man in politischen Kreisen annimmt, unter Führung des ehemaligen Reichswehrministers Dr. G e h l e r stehen soll. Sollte eine Vereinbarung über die Gemeinschaftskandidatur Hindenburgs nur zwischen den Mittelgruppen zustande kommen, so würde es den Flügelgruppen rechts und links unbenommen bleiben, sich entweder anzuschließen oder keine Gegenkandidaten aufzustellen.

Das Zentralkomitee der K.P.D. hat beschlossen, den Vorsitzenden der Partei, T h ä l m a n n, als Kandidaten für die Reichspräsidentenwahl aufzustellen.

Brüning läßt sich nicht einschüchtern

Deutschlands Standpunkt in der Tributfrage unerschütterlich

Wird Italien Hilfe leisten?

— Berlin, 13. Jan. Der Beschluß der B.Z., nur bedingungsweise den Redisonsort der Reichsbank auf drei Monate zu verlängern, wogegen die französische Regierung beabsichtigt, den französischen Anteil (ein Viertel der Gesamtsumme) nur bis zum 4. März zu verlängern, ist in Berlin mit größter Ruhe aufgenommen worden. Man nimmt an, daß in dieser Sache das letzte Wort noch nicht gesprochen ist. Man betont aber ausdrücklich, daß der Betrag von 200 Millionen Rm. (der Anteil der B.Z. selbst und der französische Anteil), dessen kreditmäßige Verlängerung äußerstenfalls nicht zugestanden werden würde, nicht geeignet sein könnte, den vom Reichskanzler dargelegten deutschen Standpunkt in der Tributfrage zu erschüttern, zumal der deutsche Standpunkt, wie dies nach einer „Times“-Meldung von dem englischen Kabinett durchaus richtig erkannt worden ist, lediglich eine Feststellung von Tatsachen, nicht aber eine Drohung bedeutete. Sollte man aber in Frankreich darauf beharren, Deutschland durch derart kleinliche Maßnahmen auf die Knie zwingen zu wollen, so würde dies nur ein Beweis dafür sein, wie hilflos man in Paris der Macht der Tatsachen gegenübersteht. Reichsbankpräsident Dr. L u t e r ist am Dienstag wieder nach Berlin zurückgekehrt.

Es stellt sich jetzt auch vollkommen einwandfrei heraus, daß die französische Öffentlichkeit in der Beurteilung der Erklärung des Reichskanzlers von falschen Voraussetzungen ausgeht, wenn sie von einer einseitigen Informierung des englischen Botschafters Sir Horace Rumbold spricht. Tatsache ist vielmehr, daß der französische Botschafter Francois P o n c e t vor seiner Abreise nach Paris durch den Reichskanzler in völliger Gleichgültigkeit unterrichtet worden war und dem Ministerpräsidenten L a v a l darüber Bericht erstattet hat. Die Unterredung Brüning mit Francois Poncelet lag dabei zeitlich vor der Besprechung mit dem britischen Botschafter. Der französischen Regierung hätte es ein Leichtes sein können, die französische Presse, die immer noch von einer „Umgehung Frankreichs“ und von einem „abgekarteten Spiel mit England“ spricht, richtig zu unterrichten.

Botschafter von Neurath beim englischen Außenminister.

Botschafter von Neurath kehrte gestern von Berlin nach London zurück. In den späten Nachmittagsstunden hatte er eine Unterredung mit dem englischen Außenminister, in der die Erklärung des Reichskanzlers erörtert wurde. Der englische Außenminister war zuvor über den französischen Standpunkt durch den französischen Botschafter unterrichtet worden. Dieser hatte dabei gesagt, daß sich die französische Regierung noch nicht endgültig auf den 25. Januar als Eröffnungstag der Lausanner Konferenz im Hinblick auf die innerpolitischen Vorgänge in Frankreich habe festlegen können.

Es verlautet, daß die englisch-französischen Finanzverhandlungen in Paris noch keine Einigung gebracht haben. Die französische Regierung soll sich bereit erklärt haben, das Moratorium um zwei Jahre zu verlängern. Dieses Moratorium soll sich jedoch nur auf den geschätzten Teil der Youngzahlungen erstrecken, während der ungeklärte Teil in Form von Reichsbahnobligationen an die B.Z. abgeliefert werden soll. Dieser Teil soll jedoch dem Reich auf dem Anleiheweg zur Verfügung gestellt werden. Man hat außerdem die Frage aufgeworfen, ob man nicht Amerika einen Teil dieser Obligationen anbieten soll, falls es auf die interalliierten Schulden verzichten sollte.

Vor einem englisch-französischen Schritt in Amerika.

Wie in gut unterrichteten Washingtoner Kreisen verlautet, bereiten England und Frankreich einen gemeinsamen Schritt bei den Vereinigten Staaten in der Schuldenfrage vor. Die beiden Mächte beabsichtigen, infolge der Erklärung Brüning über die Unmöglichkeit weiterer deutscher Tributzahlungen, ein fünfjähriges Moratorium zu beantragen. Man erwartet, daß die endgültige Form dieses Antrages in Lausanne ausgearbeitet werden wird.

Mussolini gegen Reparationen und Kriegslasten

Der Mailänder „Popolo d'Italia“, das bekannte Blatt Mussolinis, veröffentlicht unter der Überschrift „Es ist Zeit, die tragische Durchführung des Krieges abzuschließen“, einen beachtenswerten Artikel, in dem

Tages-Spiegel

Der Aeltestenrat des Reichstages hat die von den Kommunisten beantragte sofortige Einberufung des Reichstages erneut abgelehnt.

Zur Wiederaufstellung v. Hindenburgs zur Reichspräsidentenwahl ist bereits ein überparteilicher Ausschuss in Bildung begriffen. Sämtliche Mittelparteien, vom Landvolk bis zur Staatspartei, sind bereit, sich für die bedingungslose Wiederwahl Hindenburgs einzusetzen.

Die schwebende Schuld des Deutschen Reichs betrug am 31. Dezember 1931 1912,6 Mill. M., gegenüber 1746,7 Mill. Mark am 30. November 1931.

Das Pariser Kabinett Laval ist gestern in seiner Gesamtheit zurückgetreten, nachdem eine Kabinettsverlängerung durch Einbeziehen der Radikalsozialisten mißglückt war.

Das englische Kabinett hat es abgelehnt, aus der Erklärung Brüning über die Tributfrage eine Drohung oder ein Ultimatum herauszulesen.

Die japanischen Truppen in der Mandschurei haben den Befehl erhalten, auf Kanton zu marschieren. Die Kantonsregierung hat Truppenzusammenziehungen angeordnet.

man in politischen Kreisen den Stil Mussolinis selbst zu erkennen glaubt. Die Lausanner Konferenz muß, so sagt das Blatt, zu einem „Schwamm drüber“ kommen. Sie muß die Streichung des Soll und Haben in der Durchführung des Krieges bringen. Tatsachen fordern eine grundlegende Lösung!

Alle faschistischen Blätter veröffentlichen den Artikel im Vorläuf. Gayda nennt ihn im halbamtlichen Giornale d'Italia einen rechtzeitigen Alarmruf, den alle Völker hören müssen. Die italienische These sei endgültig: ein für allemal durch völlige Streichung aller zwischenstaatlichen finanziellen Lasten Schluss zu machen mit den Reparations- und Kriegslasten. — Lavoro Fascista sagt, wenn die Lausanner Konferenz scheitern sollte, dann sei kein anderer als der böse Wille und die starkköpfige Jähzucht Frankreichs schuld.

Rücktritt des Kabinetts Laval

— Paris, 13. Jan. Das französische Kabinett hat auf Vorschlag des Ministerpräsidenten L a v a l beschlossen, in seiner Gesamtheit zurückzutreten. Der Rücktritt erfolgte, nachdem Laval vergeblich versucht hatte, die Radikalsozialisten zur Beteiligung an einer Konzentrationsregierung zu gewinnen. Laval dürfte erneut mit der Kabinettsbildung beauftragt werden.

Wie in gut unterrichteten Kreisen verlautet, haben die Ärzte Briand jede weitere politische Tätigkeit abgeraten. Briand hat darauf beschloffen, in der neuen Regierung keinen Ministerposten zu übernehmen. Er hat auch das Angebot Laval's abgelehnt, Frankreich im Völkerbundsrat zu vertreten. Nach Vollenbung der Bildung des neuen Kabinetts wird sich Briand sofort auf seinen Landsitz begeben und damit dem politischen Leben für einige Zeit vollkommen den Rücken kehren.

Wintersport-Unglück im Riesengebirge

— Schreiberhan, 13. Jan. Am Dienstag nachmittag gegen zwei Uhr ereignete sich bei den Deutschen Biererbobmeisterschaften in Schreiberhan auf der Jaderfall-Bohbahn ein schweres Unglück. Nachdem bereits am Vormittag bei den Vorläufen der Deutschböhme Schwarzbach mit seinem Bob zu Fall gekommen war und mit einem schweren Schädelbruch und einer Unterleibsverletzung ins Schreiberhaner Krankenhaus eingeliefert werden mußte, fuhr beim ersten offiziellen Lauf der Bob „Poitz“ vom Schreiberhaner Bobklub in der ersten S-Kurve über die Kurve und die Bretter hinaus ins Publikum hinein und zerschellte an den Fichten. Während die Fahrer selbst nur schwere Fleischwunden erlitten, wurde eine größere Anzahl von Zuschauern erheblich verletzt; nach den bisher vorliegenden Berichten sind im ganzen 20 Verletzte ins Krankenhaus gebracht worden. Darunter befinden sich vier bis fünf Schwerverletzte. Der Mannschaft, die hoch im Bogen mit ihrem Bob in die Fichten geschleudert wurde, passierte verhältnismäßig wenig. Die Ursache des Unglücks ist, wie sich herausgestellt hat, ein Ausenbruch, so daß der Bob nicht mehr zu steuern war.

Staatenzusammenschluß in Mittelamerika?

— New York, 13. Jan. In Guatemala-Stadt haben Verhandlungen zwischen den Vertretern von Guatemala, Nicaragua, Honduras, Costa Rica und Salvador begonnen, die die Schaffung einer mittelamerikanischen Republik auf der Grundlage der gemeinsamen Rasse, Geschichte und Religion zum Ziele haben.

Abrüstung und Weltwirtschaft

Am 2. Februar 1932 soll, nach langjähriger Vorarbeit, nunmehr die „Allgemeine Abrüstungskonferenz“ des Völkerbundes beginnen. Das Ergebnis der kommenden großen Genfer Tagung ist auch heute für alle Beteiligten noch ungewiss. Zwar hat die „Vorbereitende Abrüstungskonferenz“ einen Entwurf einer Abrüstungskonvention ausgearbeitet. Die ganze Welt weiß aber, daß dieser Entwurf keineswegs allgemeine Zustimmung findet. Im besonderen hat nach Lage der Dinge, zumal im Hinblick auf die viel weitergehende Entwaffnung Deutschlands durch den Versailler Vertrag, von deutscher Seite schon erklärt werden müssen, daß der Entwurf in seiner jetzigen Form für Deutschland unannehmbar ist.

Man sieht in der Abrüstungsfrage zunächst ein Problem der Politik, der Kultur, der Humanität. Es sei aber nicht vergessen, daß auch wirtschaftliche Zusammenhänge von größter internationaler Bedeutung sich an den ganzen Komplex der Abrüstung anschließen. Gelingt es wirklich, in Genf eine Einigung zu erzielen, die auf der Grundlage gleichen Rechtes und gleicher Sicherheit für alle beruht, so wird unzweifelhaft hiervon mächtigste Triebkraft zum Wiederaufbau der Weltwirtschaft ausgehen, eine neue starke Welle des Vertrauens, dessen Mangel ja gegenwärtig wesentliches Symptom der Krise ist. Solange eine verborgene Kriegsgefahr noch irgendwo auf Erden besteht, als Folge des Mißtrauens unter den Völkern und des ungleichen Rüstungsstandes, wird es unmöglich, die Kreditversorgung der Welt bedarfsmäßig langfristig durchzuführen und den Güterausgleich zwischen den Ländern so zu finanzieren, wie Angebot und Nachfrage es zu ihrem normalen Ausgleiche verlangen. Wird aber die Ursache der Unruhe, der Furcht und des Hasses aus dem Zusammenleben der Völker entfernt, soweit dies durch Abrüstungsmaßnahmen erzielbar ist, dann kann es nicht daran fehlen, daß Erzeugung und Handel wieder auf lange Frist zu arbeiten beginnen, daß die jetzt unverwertbaren Warenvorräte der Welt wieder in Bewegung geraten, daß der unnatürliche Zustand ein Ende nimmt, in dessen Zeichen Mangel und Ueberfluß auf der Erde heute ohne Möglichkeit des Ausgleiches schroff nebeneinander stehen.

Die psychologische Wirkung ist es jedoch nicht allein, was die Weltwirtschaft von einer erfolgreichen Abrüstungskonferenz erhofft. Es kommen andere hinzu, die auch bereits unmittelbar zahlenmäßig zu erfassen sind. Die Welt gibt heute für militärische Zwecke rund 17,2 Milliarden Mark jährlich aus, gegenüber 8,8 Milliarden vor dem Kriege, also nahezu das Doppelte. Dieser Aufwand ist im innersten Wesen unwirtschaftlich. Er wird durch Steuern und Zölle dem Wirtschaftsleben entzogen und bringt keine Güter hervor, sondern ist schließlich nur zur Zerstörung von Werten bestimmt. Auch die Tatsache, daß der größte Teil dieser Gelder in die Kassen der Rüstungsindustrie fließt, bedeutet noch keine Wirtschaftlichkeit; die Ueberflüsse der Rüstungsindustrie sind ersparungsgehemmt oft Ausgangspunkt weiterer wirtschaftlicher Beunruhigung. Sie haben in den letzten Jahren zum Teil spekulativer Konzernbildung gedient und damit sogar auch weltpolitisch störend gewirkt. So ist es ja allgemein bekannt, daß neben den Militärbindnissen Frankreichs, die Deutschland im Osten und Südosten bedrohen, auch ein internationaler Ring der Rüstungsindustrien besteht.

Die Aufträge, die der Rüstungsindustrie künftig entgegen würden, könnten bei weitem aufgewogen werden, indem das Wirtschaftsleben aller Länder steuerlich entlastet wird und damit größere Bewegungsfreiheit für produktives Schaffen gewinnt. Was das Wort „unproduktiv“ im Zusammenhange mit dem Rüstungswesen besagt, das beweisen uns ja die Erinnerungen an den Weltkrieg. Dieser hat die Menschheit rund 1000 Milliarden Mark gekostet. Was dafür beschafft wurde, Proviant, Kriegsgeschütz, Munition usw., ist verzehrt, verbraucht, zerschossen, in Atome zertrümmert. Noch heute wird hiedurch, nach aller Schuldbetätigung, die Welt mit 210 Milliarden Mark an inneren und äußeren Kriegsschulden belastet, Anleiheverbindlichkeiten, denen keinerlei Gegenwert gegenübersteht und die gegenwärtig zusammen mit der noch nachwirkenden Kapitalvernichtung des Krieges und mit dem politischen Mißtrauen die eigentliche Wurzel der Weltwirtschafts-Depression darstellen. Ist doch der Kern der Finanzprobleme, die heute alle Welt beschäftigen, in der Frage zu

suchen, wie nun endlich die endgültige „Abrechnung des Weltkrieges“ zu erzielen sei, die Beseitigung der Schuldtitel, die keine wirtschaftliche Realität bedeuten und dennoch einem Gespenste gleich die Völker in Sorge und Schrecken versetzen.

So betrachtet, ist denn auch der Rüstungsaufwand unserer Zeit im Grunde nichts anderes als eine Fortsetzung der verhängnisvollen Finanzmethoden des Weltkrieges. Den verlorenen Milliarden wirft die Welt immer neues Geld nach. Die internationale Gütererzeugung, das Volks-Einkommen auf der ganzen Erde, wird heute etwa 600 Milliarden Mark jährlich betragen. 480 Milliarden davon werden in den einzelnen Ländern binnenwirtschaftlich verbraucht, umfassen also die Erzeugnisse, die den Bedürfnissen innerhalb der Landesgrenzen dienen. Die übrigen 120 Milliarden betreffen die Güter, die als Ueberfluß des einzelnen Landes die Grenze überschreiten und in den Weltmarkt übergehen. Es ist heute so, daß der Rüstungsaufwand, diese ungeheure Fehlleitung von Kapital, die Völker vor allem nötig, sich im Verbrauch von Weltmarktsgütern einzuschränken. Die 17,2 Milliarden Mark, welche die Welt augenblicklich für Rüstungszwecke aufwendet, kommen gut 14 v. H. der internationalen Warenbewegung gleich. Es würde somit auf dem ganzen Weltmarkt einen mächtigen Aufschwung auslösen, wenn heute durch eine Genfer Uebereinkunft die Rüstungen wirksam vermindert und damit hohe Beträge des bisherigen Rüstungsaufwandes für den Volksverbrauch, für den Weltmarkt frei würden. Die sozialen Wirkungen, die ein positiver Verlauf der Abrüstungskonferenz auslösen würde, sind noch unabsehbar. Der Arbeitsmangel in den verschiedenen Ländern erreicht bekanntlich gerade in den Wirtschaftszweigen seine Höhepunkte, die vom Weltmarkt besonders abhängen. Bestimmt ist ermittelt worden, daß schon Anfang Oktober 1931 in Amerika fast 20, in Großbritannien 13,8, in Deutschland 13,1 v. H. aller sonst erwerbstätigen Menschen arbeitslos sind. Daher muß alles, was zur Wiederbelebung des internationalen Güterausgleiches beiträgt, im besonderen auch die Verminderung des Rüstungsstandes und die Erhöhung des freien Güterverbrauches, zugleich als soziale Wohltat betrachtet werden.

Wie die Rüstungsausgaben heute die Staaten der Erde geldlich belasten, zeigt eine auf Völkerbundsquellen sich stützende Uebersicht. Die militärischen Ausgaben beanspruchen in Frankreich 34,5 v. H. des Gesamt-Etats, in Polen 29,3, in Japan 20,3, in Italien 28, in Rumänien 24,5, in der Schweiz 20,2, in Amerika 19, in der Tschechoslowakei 19, in Jugoslawien 19, in England 15, in Belgien 13,2 v. H. Dagegen beschränken sie sich im abgerüsteten Deutschland auf 5,6, im abgerüsteten Desterreich auf 4,8 v. H. der gesamten Staatsausgaben. Kraft sind die Unterschiede im Vergleich zur Vorkriegszeit; so hat sich z. B. das französische Rüstungs-Budget mehr als verdoppelt, während der deutsche Wehraushalt nicht mehr ganz ein Drittel der Vorkriegeshöhe erreicht.

Die Not in der Welt ist heute unermeßlich, und dennoch könnte ihr abgeholfen werden, würden alle Kräfte für die friedlichen Zwecke der Weltwirtschaft eingesetzt. So aber nehmen Entbehrung und Elend ständig zu, um immer auf neue Geldmittel freizumachen für den Ausbau der Festungen, für den Ankauf von Kampfwagen und Flugzeugen und für das schrecklichste Kriegsmittel von allen, die Kampfgase. Die Völkerbeziehungen werden zudem noch dadurch vergiftet, daß Völkern höchsten Rüstungsstandes unmittelbar benachbart solche sind, deren Wehrmacht gerade noch zu Gen darmkriegszwecken leidlich verwendbar ist. So besitzen Deutschland und Desterreich heute kein einziges schweres Geschütz, keinen einzigen Tank, kein einziges Kriegsflugzeug, im Vergleich zu den 2000 schweren Geschützen, 8500 Tanks und 2800 Kriegsflugzeugen, über die allein schon Frankreich verfügt! Wer die statistischen Unterlagen kennt, die für die Abrüstungskonferenz vorliegen, dem fällt es wie Schuppen von den Augen: Die Welt starrt in Waffen, und um so wehrloser erscheinen die wenigen Nationen, die durch die Verträge von 1919 zur Abrüstung gezwungen worden sind und noch bis heute auf die Erfüllung des festerlichen Versprechens warten müssen, das man ihnen im Sinne einer allgemeinen Abrüstung gegeben hat. Gerade die Verzögerung dieses Versprechens hat den Mißtrauensfaktor in der Welt verstärkt.

Wird die Abrüstungskonferenz den gesunden Menschenverstand nun endlich zu Worte kommen lassen?

Die „Freiheit der Kirche“ in der Sowjetunion

Stipendium für Gottesleugnung

ep. — Ein junger Deutschrusse, Sohn eines Nonnenpredigers aus dem Kreis Orenburg. Er ist aus Rußland geflüchtet und studiert jetzt Theologie an einer deutschen Universität, um sich für die Arbeit unter den deutschen Stammesbrüdern in Rußland vorzubereiten. Sein Lebenslauf, den er der Universitätsbehörde als Ausländer vorzulegen hatte, ist in vieler Hinsicht bezeichnend für die russischen Zustände. „Nach Erreichung des 18. Lebensjahres machte ich mich wirtschaftlich selbstständig, indem ich mich von meinen Eltern trennte, um auf diesem Wege trotz der Tatsache, daß ich Kind eines Geistlichen war, eine Schule besuchen und bürgerliche Rechte erwerben zu können. Diese werden in Rußland „Dienern des religiösen Kultus“ und ihren Kindern entzogen... Die Verpflichtung der Schüler zu sog. „Kulturarbeit“ brachte mich in einen Konflikt. Auf einem öffentlichen Disput, den die Jungkommunisten veranstalteten, vertrat ich als Christ meinen Standpunkt und wurde daraufhin im Januar 1929 von der Schule ausgeschlossen.“ Nach vieler Mühe erreicht er die Wiederaufnahme. „Bei einem erneuten Examen wurde ich geradezu zu einem atheistischen Bekenntnis gedrängt, das ich dann schriftlich bestätigen sollte und wofür man mir ein Stipendium zwecks weiterer Ausbildung zusagte. Ich war zu jedem Opfer bereit, um mein Studium zu ermöglichen — Gott zu leugnen, war mir eine Unmöglichkeit. Auf meine Weigerung, dieser Aufforderung des kommunistischen Parteileiters Gehorsam zu leisten, wurde ich wieder aus der Schule gewiesen.“ Er

entschloß sich darauf zur Flucht nach Deutschland, wurde aber von der GPU. verhaftet und der „konterrevolutionären Propaganda“ und „religiöser Agitation“ bezichtigt. Das Urteil lautete auf drei Jahre Verbannung nach dem Norden Rußlands. In Archangelsk gelang ihm die Flucht. Ein Bremer Matrose verdeckt ihn auf einem deutschen Schiff, auf dem er dem Zwangsarbeitslager entriecht und schließlich nach Deutschland kommt.

So sieht also die von den Kommunisten heute so betonte „Freiheit der Kirche in Rußland“ aus! So kommen Verbannungen zustande aus „konterrevolutionären Gründen“! Damit dieser Lebenslauf aber nicht ins Reich der „Legende“ verwiesen werden kann, sei betont, daß uns eine beglaubigte Abschrift desselben vorliegt.

Sapan führt den Kampf in der Mandschurei fort

U. Tokio, 12. Jan. Das japanische Kabinett trat am Montag zusammen. Ministerpräsident Inukai erstattete einen Bericht über die amerikanische Note und über Japans Stellungnahme. Der Kriegsminister und der Chef des Generalstabes erörterten die Lage in der Mandschurei. Das Kabinett stellte fest, daß ein Abbruch der militärischen Operationen in der Mandschurei unter keinen Umständen in Frage komme. Einer sowjetamtlichen Meldung aus Schanghai zufolge haben nach der vor einigen Tagen erfolgten Befehle der Städte Tsingtau und Tschang in der Nähe von Kintschau neue blutige Kämpfe der Chinesen mit den vordringenden japanischen Truppen begonnen, denen die chinesische Heeresleitung große Bedeutung beilegt. Alle verfügbaren chinesischen

Truppen sind zusammengezogen worden, um dem japanischen Vordringen Einhalt zu gebieten.

Die chinesische Regierung verläßt Peking.

„Daily Express“ meldet aus Peking, daß die führenden chinesischen Minister ihre Posten verlassen hätten und nach Schanghai abgefahren seien. Vor ihrer Abreise hätten sie noch den chinesischen Gesandten in Washington angewiesen, dem Staatssekretär Stimson den Dank der chinesischen Regierung für die Note an Japan auszusprechen. Die Gründe für diese „Flucht“ der chinesischen Regierung lägen in der Hilflosigkeit Chinas gegenüber der japanischen Politik in der Mandschurei, in der Weigerung der nordchinesischen Generale, ihre Truppen gegen die Japaner zu führen und in der Tatsache, daß Amerika den Chinesen nur die moralische und keine militärische Unterstützung gegen Japan gewähren wolle.

Wie in Tokio verlautet, hat General Fong seine Truppen aus der Provinz Schansi nach Peking in Marsch gesetzt, wo er General Tschang stützen und eine neue Regierung bilden will.

Kleine politische Nachrichten

Die Entwicklung der Sozialversicherung 1930-1931. Aus der vom Reichsversicherungsamt veröffentlichten Statistik der Sozialversicherung 1930 geht hervor, daß 1930 die Beitragsentnahmen 3,8 Milliarden Rm. betragen haben, die Gesamteinnahmen 5,2 Milliarden Rm. Die Gesamtausgaben betragen 3,7 Milliarden Rm. Das Gesamtvermögen stieg von 4,2 auf 4,6 Milliarden. Festgestellt kann jetzt schon werden, daß das Jahr 1931 für die deutsche Sozialversicherung noch ungünstiger verlaufen ist als 1930.

Eine Völkerbundsanleihe des Ruhrverbandes? Wie aus Essen berichtet wird, hat sich der Ruhrverband, der seit 1913 bestehende öffentlich-rechtliche Körperchaft der Ruhrwasserwirtschaft, an den Völkerbund wegen Beschaffung einer Anleihe von zunächst etwa 7 Mill. Rm. gewandt. Es handelt sich dabei um Mittel für die Fortführung der Bauarbeiten bei dem großen Baldener Staue, dessen Gesamtkosten auf 13 Millionen veranschlagt werden.

Internationale Pressekonferenz in Kopenhagen. In Kopenhagen wurde im Reichstagsaal der Christiansburg eine internationale Pressekonferenz, auf der sämtliche geladenen Pressechefs der Regierungen, die Leiter der großen amtlichen und der unabhängigen Nachrichtenbüros, sowie die Vertreter der journalistischen Weltorganisationen vertreten sind, eröffnet. Der dänische Außenminister betonte in seiner Begrüßungsrede, daß es selten notwendiger gewesen sei als gerade jetzt, den Geist der Zusammenarbeit auszubauen.

Generalstreik in Bilbao. Kommunisten und Syndikalistiker erklärten, nach einer Meldung aus Madrid, in Stadt und Land Bilbao den Generalstreik. In Bilbao folgten dem Ruf nur etwa 20 Prozent der Arbeiter. Im umliegenden Industriegebiet jedoch feierten mehr als die Hälfte. In verschiedenen Orten kam es zu kleinen Zusammenstößen, vor allem in Baracabo, wo ein Gendarm verwundet wurde. Eisenbahnzüge und Straßenbahnen wurden vielfach gehalten, beschossen oder mit Steinen beworfen.

Kommunisten am Dnjepr erschossen. Beim Versuch, bei Nacht heimlich den zugefrorenen Dnjepr in Richtung Rußland zu überschreiten, wurden 6 unbekannte Männer, anscheinend Juden, von einer rumänischen Grenzwaibe erschossen. Das rumänische Innenministerium teilt dazu mit, daß die Erschossenen Kommunisten u. Schmuggler gewesen seien.

Eingeborenenkämpfe an der französischen Somalküste. Nach einer Meldung aus Paris sind etwa 600 abessinische Krieger in das Gebiet der französischen Kolonie von Dschibuti (französische Somalküste) eingedrungen und haben einen dort lebenden Stämme angegriffen und 134 seiner Mitglieder getötet. Eine Abteilung britischer Truppen hat die Angreifer zurückgeschlagen.

Politische Kurzmeldungen

Lauf Beschluß des Berliner Zentralen Kreditinstitutes ist der Normalzinsfuß der Bankinstitute mit Zustimmung des Reichskommissars für das Bankwesen auf 4 Prozent festgesetzt worden. — Der Sparkommissar hat an den Berliner Arbeitsämtern scharfe Kritik geübt; er fordert einen 2-Prozentigen Personalabbau sowie Verringerung der Rente von 11 auf 5, wodurch jährlich 3 Millionen eingespart werden können. — In der Drtschaft Jedwabno bei Heidenburg in Ostpreußen war vor einiger Zeit ein polnischer Agitator verprügelt worden, worauf Polen Klage beim Völkerbund erhob. Als nun der Staatsanwalt zur Untersuchung der Vorfälle im Dorfe eintraf, nahm die Bevölkerung eine drohende Haltung ein, so daß polizeilicher Schutz aus Heidenburg beordert werden mußte. Mit Schreckgeschüssen und Gummiknüppeln wurde die erregte Menge zerstreut; verhaftet wurden vier Räubersführer, darunter ein Gutbesitzer.

— Die Veröffentlichung der Unterredung des Reichskanzlers mit dem englischen Botschafter über die Tributfrage in der englischen Presse, die so großes Aufsehen erregt hat, ist auf eine Indiskretion zurückzuführen. Von englischer Seite ist dementiert worden, daß der Kanzler in so schroffer Weise den deutschen Standpunkt dargelegt habe. — In Berlin führt man die Entscheidung der Reichsregierung über die Reichspräsidentenwahl auf den Einfluß Hugenberg auf Hitler zurück. — Der polnische Außenminister Jaleski erklärte, daß sich die polnische Delegation bei der Abrüstungskonferenz dafür einsetzen werde, durch eine Verstärkung der Kontrolle die Garantien allgemeiner Sicherheit zu vermehren. — Die holländische Kammer befaßte sich mit den in der französischen Presse wiederholt aufgetauchten Gerüchten, daß Holland schwere Geschütze und Granaten an Deutschland liefere. Der Ministerpräsident erklärte mit aller Bestimmtheit, daß diese Gerüchte unwahr seien.

Schütze den Hals!
pflege ihn täglich — gurgle trocken
90 u. 45 Pf. mit 

Aus Stadt und Land

Calw, den 13. Januar 1932.

Dienstnachricht

Das Forstamt Stammheim ist Oberförster Schiedt in Baiersbrunn übertragen worden.

Ein umfangreicher Dienst an Arbeitslosen

Konnte im vergangenen Jahre vom Jugendberufsheim im Wobachtal bei Bad Liebenzell, das vom Christlichen Verein für Jugendwohlfahrt e. V. Stuttgart unterhalten wird, getan werden, und zwar in mancherlei Gestaltung entsprechend den verschiedenen Anlagen und Bedürfnissen, Geschlechtern, Altersklassen und auch der Jahreszeit. Den größten Raum nehmen kaufmännische Berufsschulungslehrgänge von je 6 Wochen ein, die in Verbindung mit dem Landesarbeitsamt Südwestdeutschland durchgeführt werden und die eine sehr gründliche Berufsschulung zur Ausfüllung von Lücken und Gewinnung neuer Kenntnisse in Verbindung mit einer Reihe von allgemeinen Bildungsfächern (Lebenskunde, Volksgeschichte, Literatur, Psychologie usw.) bringen. Es konnten drei solcher Lehrgänge durchgeführt werden. Für Handwerker fand eine Freizeit statt, in welcher sie neben jugendpflegerischer Betreuung die Möglichkeit zu handpraktischer, möglichst dem Beruf entsprechender Tätigkeit in Werkstätten der Liebenzeller Handwerksmeister fanden. Andere arbeiteten im Gelände des Jugendheims. Der Sommer brachte eine andere Freizeit, bei der Lebenskunde, Wandern und Sport im Vordergrund standen und eine für Mädchen mit dem praktischen Hauptinhalt Gymnastik. Ein Treffen früherer Freizeit- und Kursteilnehmer im Herbst sollte aus den kommenden Winter rufen. Im Herbst und um die Neujahrszeit fanden zwei Singwochen mit Arbeitslosen statt, bei denen sich erwies, daß diese in besonderer Weise geeignet sind, Arbeitslose wieder seelisch frisch und stark zu machen. Das Hochwasser vom 7. Mai gab Anlaß zur schnellen Einrichtung eines freiwilligen Arbeitsdienstes mit Arbeitslosen aus dem gerade zu Ende gehenden kaufmännischen Lehrgang und aus der Umgebung. Durch diesen wurden die allerdringendsten Wiederherstellungsarbeiten im Laufe des Monats Juni getan, namentlich in Wiederherstellung der Wege und Brücken. Im ganzen wurden für 300 Teilnehmer 6500 Verpflegungstage geleistet, ungerechnet die zahlreichen arbeitslosen Teilnehmer an den übrigen Jugendveranstaltungen, und die Mittel dafür in dankenswerter Weise von öffentlichen Stellen und Einzelstiftern zur Verfügung gestellt. Die Teilnehmer kamen aus Württemberg, Baden und Hohenzollern. Alle diese Veranstaltungen zielten darauf ab, dem Arbeitslosen wieder einen Tagesinhalt zu geben, aus dem ihm ein neuer Lebensinhalt erwachsen kann, ihm wieder zur Freude an der Arbeit zu helfen, die zu neuer Freude am Beruf und am Leben führt, vor allem aber darauf, ihm den Blick für die Kampfaufgaben unserer Zeit zu geben und ihm dazu Mut und Hoffnung zu vermitteln, damit er auch das seinige tut zur Überwindung der Gegenwartsnöte. Daß dem Jugendheim dabei die christliche Weltanschauung Grundlage sein muß, versteht sich von selbst. Bei allem Unglück dieser Zeit ist diese doch nicht sinnlos. Sie kann am ehesten die Menschen stellen, die fähig sind, die Zukunft unseres Volkes zu tragen. Wer seine ungewünschte Freizeit zur Selbstschulung und Selbsterziehung verwendet, kann schwerlich untergehen, wohl aber viel gewinnen. Ein neuer Lehrgang für Kaufleute beginnt Anfang nächsten Monats und für das Frühjahr ist ein freiwilliger Arbeitsdienst zur Behebung der Hochwasserschäden in Vorbereitung.

Landwirtschaftliche Versammlung in Sonnenhardt

In Sonnenhardt fand letzten Sonntag im Gasthof zum Löwen eine landwirtschaftliche Versammlung statt, wobei Landwirtschaftslehrer P. P. K. Pfetsch, Vorstand der Landwirtschaftsschule in Calw, in einem längeren Vortrag die Frage erörterte: „Kann bei der heutigen Lage der Landwirtschaft auf eine intensive Betriebsweise verzichtet werden?“ Er kam zu dem Schluß, daß nur bei intensiver Bodenbearbeitung, zweckmäßiger Düngung, richtiger Sortenwahl und rechtzeitigem Saatgutwechsel noch eine kleine Rente aus einem landwirtschaftlichen Betrieb herauszuwirtschaften ist. Anschließend folgte ein lehrreicher Filmvortrag von Diplomlandwirt F. S. von der Kalkstoffsäurefabrikation. In Wort und Bild führte der Vortragende Anwendung und Erfolge des Kalkstoffsäure vor Augen. Die beiden Vorträge wurden mit sichtlichem Interesse und größter Aufmerksamkeit von der aus Sonnenhardt und der Nachbargemeinde Javelstein gut besuchten Versammlung aufgenommen. Zu hoffen und wünschen bleibt, daß das Gehörte und Gesehene, praktisch angewandt, reiche Früchte tragen möge.

Schulleiern zum Andenken an Goethe und Haydn.

Am 22. März 1932 sind 100 Jahre vergangen, seit Johann Wolfgang Goethe gestorben ist und am 31. März 1932 fährt sich zum 200. Male der Geburtstag Josef Haydns. Nach einem Erlaß des Kultusministeriums werden die Vorstände aller Schulen ersucht, dafür zu sorgen, daß im Unterricht aller Klassen der Bedeutung und Stellung dieser Männer im deutschen Geistesleben und in der deutschen Musik in geeigneter Weise gedacht wird. Es ist den Schulen freigestellt, besondere Feiern, etwa in Verbindung mit Schulschlußfeiern, zu veranstalten.

Experimentalvortrag

Am Donnerstag abend hält Herr Christensen von Stuttgart im Saale der Brauerei Weiß einen Vortrag über indische Astrologie, Graphologie, Pendel und Hellmagnetismus. Herr Christensen war lange Zeit in fernem Erdteilen, davon 15 Jahre allein in Indien, als Forscher tätig und ist mit den Sitten und Gebräuchen dieses Landes vertraut. Er wird manches aus seinen Erfahrungen erzählen und auch mit praktischer Vorführung von Experimenten aufwarten.

Better für Donnerstag und Freitag

Bei Fortdauer der westlichen Warmluftzufuhr ist für Donnerstag und Freitag vorwiegend trockenes und zeitweise aufheiterndes Wetter zu erwarten.

SB. Pforzheim, 12. Jan. Gestern nachmittag brach im alten Schlachthof in den Käfigzellen ein Brand aus. Die Feuerwehr mußte bei dem starken Rauch Gasmasken anlegen. Trotzdem diese Schutzvorrichtungen nach den Erfahrungen beim Stuttgarter Schloßbrand erneuert und wesentlich verbessert worden sind, mußten doch die Feuerwehrleute sich stets nach kurzem Aufenthalt an dem Brandplatz zurückziehen und durch Sauerstoff gestärkt werden. Trotzdem mußten insgesamt 12 Feuerwehrleute wegen Rauchvergiftung ins Städt. Krankenhaus verbracht werden. Der Feuerwehr gelang es, den Brand niederzukämpfen. Die Brandursache ist noch nicht festgestellt. Der Schaden ist erheblich. Für etwa 20 000 RM sind Fleischwaren verbrannt oder durch den Brandgeruch verdorben. Der Schlachtbetrieb wurde während des Brandes nicht unterbrochen. Viele Metzger brachten aber vorzorglich ihre im Schlachthof lagernden Vorräte in Sicherheit.

SB. Pforzheim, 12. Jan. Gestern nacht vernahm man hier zwei Detonationen, die wie Donnerschläge anmuteten. Im Hause Lameystraße 7a gab es im 3. Stock eine furchtbare Explosion, deren Ursache in Benzindämpfen zu suchen sein dürfte. Die Wohnung wird von einer Frau Dr. Schiller mit ihrer Tochter und einer Handarbeitslehrerin bewohnt. In der Wohnung ist zuvor noch Wäsche getrocknet und gebügelt worden. Die Wirkung der Explosion war eine ganz furchtbare. Die Küche, wo anscheinend der eigentliche Herd der Explosion zu suchen ist, bot einen trostlosen Anblick. Die eine Wand wurde vollständig, die beiden anderen Wände weniger stark ausgedrückt. Sämtliche Türen und Fenster sind eingedrückt. Der Kreuzstock des Wohnzimmers wurde samt den Blumentöpfen über den Vorgarten auf die Straße geschleudert. Das Treppenhaus ist mit Glascherben übersät. Der 2. Stock wurde ebenfalls in Mitleidenschaft gezogen. Auch das Dach wurde sehr stark beschädigt. Personenschaden konnte glücklicherweise nicht festgestellt werden, dagegen ist der Sachschaden auf etwa 8000 RM. zu beziffern.

SB. Stuttgart, 12. Jan. Der kommunistische Reichstagsabgeordnete Schlaffer von Stuttgart wurde am 9. November von Schnellgericht zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, weil er am 7. November bei der kommunistischen Revolutionsfeier das Redeverbot des Polizeipräsidiums übertreten hatte. Die Berufsungsverhandlung vor dem Landgericht endigte mit der Verurteilung der Berufung. Es bleibt somit bei der Gefängnisstrafe von 3 Monaten.

SB. Tübingen, 12. Jan. Der Gemeinderat beschloß die Senkung des Lichtstrompreises um 10 Prozent. Der Strompreis beträgt künftig 45 Pfg. gegenüber 48 Pfg. Einer Kostenersparnis von jährlich 44 000 RM. steht infolge der Tarifsenkung eine Einnahmeverminderung von 48 000 RM. gegenüber. Der Gaspreis ist von 20 auf 19 Pfg. ermäßigt worden, während der Wasserzins derselbe bleibt.

SB. Reutlingen, 12. Jan. Ein ganz unglückliches Stück hat sich einige Tage vor Weihnachten hier zugetragen. Zwei hiesige junge Männer stellten sich in der Wohnung einer alleinstehenden Frau als „Beamte der Kriminalpolizei“ vor, angeblich um irgend einen „Fall“, den sie zusammenkonstruiert hatten, zu untersuchen. In einem raffiniert ausgedachten Manöver gelang es ihnen, die Frau derart in ihre Hände zu bekommen, daß sie in ihrer Angst den beiden Beamten insgesamt die Summe von 8800 RM. aushändigte. Als sich nach einigen Tagen der verhängnisvolle Irrtum herausstellte, war es schon zu spät. Wohl ist es den eifrigen Bemühungen der Kriminalpolizei gelungen, die beiden Täter festzunehmen, doch fand man bei ihnen von dem Gelde keinen Pfennig mehr.

SB. Ulm, 12. Jan. Die Milchhändlergesellschaft hat beschlossen, den Milchpreis erneut zu senken. Nichtpasteurisierte Milch kostet künftig 20 Pfg. frei ins Haus. Die Milchversorgung Ulm ermäßigt ab morgen die vorbehandelte Milch auf 21 Pfg. das Liter.

SB. Paffingen a. N., 12. Jan. Das hiesige Elektrizitätswerk hat mit Wirkung vom 1. Januar ab den Preis für die Kilowattstunde von 40 Pfg. auf 38 Pfg. herabgesetzt. Wegen Ermäßigung des Gaspreises, der bisher 22 Pfg. pro Kubikmeter betrug, sind Verhandlungen eingeleitet.

SB. Heilbronn, 12. Jan. Die technische Abteilung des Gemeinderats hat gemäß der 4. Notverordnung beschlossen, den Gaspreis um 1 Pfg. pro Kubikmeter (wie in Stuttgart) zu senken. Der Kubikmeter Hausaltgas, der bisher 18 Pfg. kostete, wird ab Januaraufnahme 17 Pfg. kosten. Der Kokspreis wurde um 15 Pfg. pro Zentner bzw. 10 Pfg. gesenkt.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft

Die Notlage der Landwirtschaft.

Eine fränkische Bauernkammer faßte eine Entschließung zur Notlage der Landwirtschaft, in der der folgende Vergleich aufgestellt wurde: Der Landwirt brauche einen geeichten Eimer Milch, um einen Liter Bier zu erwerben; eine ganze Dönsenhaut sei erforderlich, um ein Paar gute Werktagsschuhe zu kaufen, und zwei Kühe müßten verkauft werden, um einen Sonntagsanzug beschaffen zu können.

L. G. Berliner Produktenbörse vom 12. Januar.

Weizen, märkischer 224—226; Roggen, märkischer 198—200; Drangerste 156—165; Futter- und Industrieernte 149—154; Hafer, märkischer 185—143; Weizenmehl 27,50—31,25; Roggenmehl 27—29,25; Weizenkleie 9,50—10; Roggenkleie 9,50 bis 9,75; Viktoriaerbsen 21—27,50; kleine Speiseerbsen 21,50 bis 24; Futtererbsen 15—17; Pelusinken 16—18; Ackerbohnen 14—16; Wicken 16—19; Lupinen, blaue 10—12; dto. gelbe 14 bis 15,50; Seradella, neue 22—27; Weizenkuchen 11,90—12; Erbsenkuchen 12,10—12,30; Raufutter: drahtgepreßtes Roggenstroh 0,80—1; dto. Weizenstroh 0,60—0,70; dto. Haferstroh 0,70—0,85; dto. Gerstenstroh 0,65—0,75; geb. Roggenlangstroh 0,85—1; bindfadengepr. Roggenstroh 0,65—0,75; dto. Weizenstroh 0,55—0,65; Häcksel 1,25—1,50; handelsübliches Heu 1,20—1,40; gutes Heu (erster Schnitt) 1,70—1,90; Luzerne, lose 2,40—2,70; Thymotee, lose 2,35—2,65; Kleeheu, lose 2,25 bis 2,55; drahtgepr. Heu in Pfg. über Notiz 30. Allgemeine Tendenz: Bester.

Stuttgarter Schlachtviehmarkt

Dem Dienstagmarkt am Städt. Vieh- und Schlachthof wurden zugeführt: 34 Ochsen, 85 Bullen, 208 Jungbullen, 270 Kühe, 405 Rinder (unverkauft 40), 1369 Kälber, 1795 Schweine.

Preise für 1 Pfund Lebendgewicht:

	12. 1.	7. 1.		12. 1.	7. 1.
	Pfg.	Pfg.		Pfg.	Pfg.
Ochsen:			Kühe:		
ausgemästet	30—32	—	fleischig	12—15	—
vollfleischig	25—28	—	gering genährte	10—11	—
fleischig	21—24	—	Kälber:		
Bullen:			feinste Mast- und		
ausgemästet	25—26	—	beste Saugkälber	41—44	—
vollfleischig	23—24	—	mittl. Mast- und		
fleischig	20—22	—	gute Saugkälber	33—38	—
Saugrinder:			geringe Kälber	28—31	—
ausgemästet	34—37	—	Schweine:		
vollfleischig	26—32	—	über 300 Pfd.		
fleischig	21—24	—	240—300 Pfd.	44—46	42—43
gering genährte	—	—	200—240 Pfd.	44—46	40—42
Kühe:			160—200 Pfd.	41—43	38—39
ausgemästet	22—26	—	120—160 Pfd.	38—40	—
vollfleischig	17—21	—	unter 120 Pfd.	30—36	—
			Sauen		

Marktverlauf: mäßig belebt.

Eingefandt

Vor die unter dieser Rubrik gebrachten Beschreibungen übernimmt die Schriftleitung nur die präziseste Verantwortung.

Milcherzeuger und Milchhändler.

Eine Antwort zu dem Eingefandt in Nr. 3 des C. T. Mehrere Milchhändler sind anscheinend die beiden Artikel im „Calwer Tagblatt“ recht peinlich gewesen, denn sie berücksichtigen und stellen fest, daß die Gewinnspanne vor dem Kriege nicht 2—3 Pfg., sondern 3—4 Pfg. betragen haben soll. Ja, es soll der Gewinn teilweise 5 Pfg. eingebracht haben. Sie geben also selber zu, daß der Verdienst am Liter Milch heute das Doppelte beträgt. Wir fragen die Milchhändler, wo ist derjenige Bauer, Handwerker, Arbeiter und Gewerbetreibende, der heute noch mit 180—200 Prozent Gewinnspanne arbeitet? Sie finden keinen. Der Bauer erhält heute für sein Vieh 30—40 Prozent unter dem Vorkriegspreis. Bei dem Schweinepreis ist es genau so. Beim Handwerker und Gewerbetreibenden sind die Betriebe zum Teil lahmgelegt. Es fehlt am Einkommen. Ein großer Teil der Arbeiter hat vollends gar keine Arbeit! Und da häumen sich mehrere Milchhändler dagegen auf, wenn man die Wahrheit schreibt. Der Milchproduzent hat, seit die rückläufige Bewegung eingeseht hat, am Milchpreisabschlag bereits 6 bis 8 Pfg. getragen, denn der Stallpreis betrug einmal 22 Pfg., jedoch nur auf kurze Zeit. Hätte der Milchhändler 1 Pfg. an dem Abschlag getragen, dann wäre dieser Gedankenaustausch sicher unterblieben. Fest steht, daß in den Oberämtern Nagold, Horb usw., wo der Milchpreis ebenfalls um 2 Pfg. zurückgegangen ist, der Abschlag gemeinsam (zwischen Produzent und Handel) getragen wurde. Bemerkte ich noch, daß es viele Händler gibt, die mit einem Verdienst von 5 Pfg. pro Liter auskommen und auch davon leben können. Daß die steuerliche Belastung für den Milchhändler eine wesentliche höhere ist als vor dem Krieg ist ja Tatsache. Den übrigen Berufsgruppen geht es aber genau so in dieser Hinsicht. Schuld daran ist der Gesetzgeber. Es wird in dem Artikel noch erwähnt, wenn der Abschlag auf einer anderen Grundlage erfolgt wäre, dann hätte man sich auf einer anderen Linie einigen können. Die andere Linie war doch genau vorgezeichnet! Jedoch es hieß: Mein guter Wille ist nichts! Es wird sodann geflagt über Schäden des Händlers, sowie über eintretende Schwankungen in der Mengenanlieferung, über Verdienstausschlag, wenn er Milch nach Hause nehmen muß. Es muß doch gesagt werden, daß der Milchhändler im allgemeinen nicht mehr Milch abnimmt von seinen Lieferanten als er eben täglich braucht. Hat er dann und wann Milch übrig, so kann er die Milch separieren, den Rahm verkaufen oder zu Butter verarbeiten. Es handelt sich da nur um kleine Mengen von 10—20 Liter. Im Winter kann er die Milch bei niedriger Temperatur am anderen Tag noch an den Mann bringen. Die Schäden sind also klein. Verschwinden würden sie durch Kauf einer gereinigten und tiefgekühlten Milch seitens einer neuzeitlich eingerichteten Molkereigenossenschaft. Die Tatsachen sprechen dafür. Daß die beiden Einsender im Calwer Tagblatt (und auch C. T. Birkle, Hof Dike) die Milchproduzenten ermahnen haben zur Gründung von Molkereigenossenschaften, das sollte kein direkter Vorstoß gegen die Milchhändler sein, sondern ein Ansporn zum gemeinsamen Zusammenschluß. Daß der Erzeuger dann in der Preisbildungsfrage ein Wort mitzureden hat, ist eine absolute Notwendigkeit. Daß die genossenschaftliche Aufwärtsbewegung auf landwirtschaftlichem Gebiet fortschreitet, ist eine bekannte Tatsache und sie ist auch lohnend. Das beweist der Jahresumsatz der nächstgelegenen Molkereigenossenschaft Alt- und Neuhengstett bei Calw. Er betrug im letzten Jahr 5—600 000 Liter, davon wurden rund 400 000 Liter als Frischmilch abgesetzt, der Rest verarbeitet zu Rahm und Butter. Im Durchschnitt werden täglich in dieser Genossenschaft 12—1300 Liter Frischmilch verkauft. Wie war es nun vor der Gründung der Genossenschaft? Es wurden täglich nur 2—400 Liter als Frischmilch abgesetzt, der Rest der angefallenen Milch mußte selbst verarbeitet werden zu Butter, ein Teil wurde den Schweinen verabreicht. Der Betrieb war also nicht lohnend. Heute dagegen erfreut sich der Molkereibetrieb der Genossenschaft allgemeiner Beliebtheit der Mitglieder. Den alten Zustand im Milchabsatz sehnt kein Mensch mehr herbei. Der Schuß ging bei dieser Genossenschaft bis heute nicht nach hinten hinaus, sondern geradeaus nach vorne. Sie ist ein Segen für die Gemeinde. Was die kindische Bemerkung anbetrifft, man könnte vom Vorstand zum Obervorstand aufrücken, so muß hier gesagt werden, daß die Vorstandsstelle zum großen Teil eine ehrenamtliche ist. Sie ist nicht in Gehaltsgruppe so und soviel eingereiht. Die Bezahlung ist eine ganz geringe im Verhältnis zum Zeitaufwand. Sie schwankt zwischen 5 bis 10 Mark pro Monat im Bezirk.

Eugen Fischer.

Vorstand der Molkereigenossenschaft Alt- und Neuhengstett.

Amtl. Bekanntmachungen Zwangsvorsteigerung!

Im Wege der Zwangsversteigerung kommt der gesamte auf Markung Weidertstadt belegene Grundbesitz des **Rudolf Frey, Landwirts und seiner Ehefrau Auguste Frey geb. Beyerle** in Weidertstadt, nämlich ein, im Jahre 1929 neuverbautes landwirtschaftliches Anwesen mit ca. 6 1/2 ha Feldgrundstücken, außerhalb der Stadt gelegen, **am Dienstag, den 19. Januar 1932, nachm. 2 Uhr** auf dem Rathaus (Notariats-Ratskellerei) in Weidertstadt, zum Verkauf, Liebhaber sind eingeladen. Nähere Auskunft erteilt der Unterzeichnete.

Weidertstadt, den 7. Januar 1932.

Kommissär: Bezirksnotar Schmid.

Am **Donnerstag, den 14. Jan., abends 7 1/2 Uhr**, im Saale des **Badischen Hofes** **Einblick in die Zukunft** von Staat und Personen und auch von Ihnen selbst durch den **Experimental-Vortrag** des Astrologen u. Hellsehers **C. Christensen** von Stuttgart, Reinsburgstr. 1, Tel. 64456. **Einlass 7 1/2 Uhr — Eintritt RM. 1.—** Arbeitslose und geschl. Vereine die Hälfte.

Noch während unserer Sangesstunde
Kreiste frühlich Rund' um Kunde
Ueber'm Schulhaus hohem Dach
Vater Langbein ganz gemacht,
Als verzogen sich die Säng'er
(Der Vorstand zwar blieb wo noch länger!)
Der Storch ein Herz sich hat gefaßt,
Saß bald bei unserem Dirigenienhepaar
Nicht als Gast
Dort saß beim Klang des Radio
Man lange gar erwartungsfroh
Auf einmal, s'war lange Sonntag schon
Ueberrastete er beide mit einem Sohn.
Den glücklichen Eltern ein Pfad hoch
Und daß der Storch käme bald wieder doch
Dem Kleinen, daß er sich einst wie sein Vater ganz,
Widmet dem Breitenberger Lieberkranz.

CELLIST
erste Kraft, konserv. geb. zgl.
Saxophonist und Banjospieler
empf. s. als Lehrer f. ob. Instrum. Außerdem zur
Mitwirkung bei Privatveranstaltg., Konzerten von
Dilettantenkapellen etc.
Alfred Kost, Stuttgart, Bismarckstr. 55, III.

In Hirsau
wird von Bauparier, der sich aus gesundheitlichen
Gründen dort niederlassen will, ein 10-15 a großer
Bauplatz zu kaufen gesucht.
Sonnige, ebene Lage, vielleicht am Hirsauer Wiesen-
weg gelegen.
Best. Angebote mit Angaben über Lage, Größe und
Preis sind zu richten an den beauftragten Architekten
Willy Murr, Stuttgart, Marienplatz 4.

Frisch. Gemüse
Rosenkohl, Wirsing,
Weißkraut, Rotkraut,
Spinat, gelbe Rüben,
rote Rüben, Salate
Schwarzwurzel
empfiehlt zu ermäßigten
Preisen
Philipp Mast.

Rasiermesser
werden haarscharf ab-
gezogen bei
Friseur Obermatt.
Schöne
**3-Zimmer-
Wohnung**
auf 1. April zu vermieten.
Bäckerei Wurfster
Burgsteige 4

Kommen Sie, wenn Sie Bedarf an

DRUCK-ARBEITEN

haben, zu uns. Wir beraten und bedienen Sie gut

Tagblatt-Druckerei

Lederstraße 23 - Fernsprecher 9

Calwer Lieberkranz
heute
beginnen wir
wieder mit
unseren
Singstunden
Bitte um voll-
zähl. Erscheinen

B.-S.-V.C.
Donnerstag, den 14. Jan.
Bad Teinach

LUGER

**Garantirt reines
Schweinefleisch**
1 Pfd. **58** Pfg.
Ia. Blütenmehl
1 Pfd. **23** Pfg.
ff. Auszugsmehl
1 Pfd. **26** Pfg.
Kristallzucker
1 Pfd. **36** Pfg.
Grieszucker
1 Pfd. **38** Pfg.
Würfelzucker
1 Pfd. **43** Pfg.
(Zucker ohne Rabatt)
ff. Marinaden
Bismarckheringe
Hering in Gelee
Kollmops
1 Liter-Dose **72** Pfg.
**Neue
Konserven**
in Rilo-Dosen
Karotten 45 Pfg.
Schnittbohnen
57 Pfg.
Brechbohnen
65 Pfg.
Gemüse-Erbsen
70 Pfg.
und
5% Rabatt

**Ständiges Inserieren
bringt Gewinn!**

Einrichtung
und Erledigung von
Buchführungen
Steuerberatung
durch **A. Abenheimer**
Lehrer an der Neuen Höheren
Handelschule - Calw
Schillerstraße 1.

**Das
Calwer
Tagblatt**
darf als Heimatblatt
in keiner Familie
fehlen.

Georgenäum Calw
Das Lesezimmer der Bücherei ist geöffnet im Sommer
von 8-12 Uhr und von 2-8 Uhr, im Winter von 8-12
Uhr und von 2-9 Uhr, (Sonntags von 2-7 Uhr, an den
Feiertagen geschlossen). Die Bücherei umfasst belehrende und
unterhaltende Schriften; auch einige Zeitschriften liegen
auf. Die Bücherei ist jedermann unentgeltlich zugänglich;
ganz besonders wird die reifere Jugend zum Besuch eingela-
den. Ein Verzeichnis der Neuanschaffungen der letzten
Jahre ist im Lesezimmer angeschlagen.
Der Georgenäumsrat.

Sprengstoffe
Sprengkapseln
Zündschnüre
zum
Stockholz-
machen
Gerhard Paulus, Liebenzell,
Fernsprecher 15.

Landwirtschaftskammerwahl am 24. Januar 1932.

Nachstehend werden die Abstimmungsbezirke des Oberamtsbezirks Calw, die Namen der Wahl-
vorsteher und ihrer Stellvertreter bekannt gegeben. Wahlraum ist in allen Gemeinden das Rathaus.

Abst.-Bez. Nr.	Gemeinde	Wahlvorsteher	Stellvertreter
1.	Calw	Weiß, Karl, Landwirt	Dettinger, U., Landwirt
2.	Agenbach	Wolff, Bürgermeister	Wurler, Gemeinderat
3.	Nischalben	Burster, "	Schäuble, Anwalt
4.	Mühlbad	"	Kometich, Gg., Gemeinderat
5.	Milburg	Wolz, "	Pfommer, Gottl., Landw., Spindlershof
6.	Mithengstett	Braun, "	Fliß, Eugen, Gemeinderat
7.	Mengen	Wolff, "	Kugeler, Gemeinderat, Oberried
8.	Bergorle	Wolff, "	Wolz, Georg, Gemeinderat
9.	Breitenberg	Wolff, "	Müller, Gemeindepfleger
10.	Dachtel	Lehrer, "	Kenz, Gemeinderat
11.	Deckensronn	Braun, "	Luz, Gottlob, Gemeinderat
12.	Emberg	Wolff, "	Hamberger, Gemeindepfleger
13.	Gehingen	Schmidt, "	Gehring, Gemeindepfleger
14.	Hirsau	Koop, Ernst, Landwirt, Löhnhardterhof	Koch, Wilh., Landwirt u. Schuhmacher
15.	Holzbronn	Wacker, Bürgermeister	Nische, Georg, Gemeinderat
16.	Hornberg	Seeger, "	Kalmbach, Gemeindepfleger
17.	Liebsberg	Braun, "	Braun, Gemeindepfleger
18.	Bad Liebenzell	Sauter, Stadtrat	Emendörfer, Stadtrat
19.	Martinsmoos	Schäuble, Bürgermeister	Seeger, Gemeindepfleger
20.	Monakam	Wolz, "	Kentzler, Mich., Gemeinderat
21.	Mittlingen	Graze, "	Gäcke, Gemeinderat
22.	Neubulach	Hermann, Fr., Gemeinderat	Seeger, Herrn., Gemeinderat
23.	Neuhengstett	Charlier, Bürgermeister	Wagge, Gemeinderat
24.	Neuweiler	Mast, "	Weber, Jakob, Gemeinderat
25.	Oberhangstett	Stepper, "	Roller, Jakob, Gemeinderat
26.	Oberkollbach	Calmbacher, "	Schroth, Joh., Gemeindepfleger
27.	Oberkollwangen	Pöcher, "	Hammann, Mich., Gemeinderat
28.	Oberreichenbach	Reppler, "	Hamberger, Gemeindepfleger
29.	Ostelsheim	Pape, "	Gehring, Wilh., Gemeinderat und Darlehenskassenrechner
30.	Ottenbronn	Erlenmayer, "	Hammann, Ulrich, Gemeinderat
31.	Rötenbach	Pfommer, Gemeindepfleger	Pfommer, Gemeindepfleger
32.	Schmieh	Kentzler, "	Hammann, Gemeinderat
33.	Simmohheim	Fischer, "	Kühnle, Johs., Gemeinderat
34.	Sonnenhardt	Mast, "	Luz, Gemeinderat
35.	Stammheim	Herr, "	Kober, Johs., Gemeinderat
37.	Unterhangstett	Reppler, "	Stanger, Gemeindepfleger
38.	Unterreichenbach	Karch, "	Schwarz, Gemeindepfleger
39.	Würlbach	Burkhardt, "	Kentzler, Gemeinderat
40.	Zavelstein	Nonnenmann, "	Wolz, Stadtrat
41.	Zwerenberg	Seeger, "	Wachenhut, Gemeinderat

Calw, den 7. Januar 1932.

Oberamt: (gez.) Schmid, Regierungsrat.

Deutsche Frauen und Männer!

Zu der am **Samstag, den 16. ds. Mts., abends 8 Uhr**
im großen Saale des **Badischen Hofes** stattfindenden

Rundgebung für allgemeine Abrüstung

laden wir die Gesamtbevölkerung von Stadt und
Land höflich ein.

Redner:
Bezirksobmann **Rühle**

Die Bezirksleitung Calw des Württ. Kriegerbundes.

Das Programm des Abends wird bereichert durch Mitwirkung
der Stadtkapelle und hiesiger Vereine.

Eintritt frei!

Das
**Calwer
Tagblatt**
darf als Heimatblatt
in keiner Familie
fehlen.

Georgenäum Calw

Das Lesezimmer der Bücherei ist geöffnet im Sommer
von 8-12 Uhr und von 2-8 Uhr, im Winter von 8-12
Uhr und von 2-9 Uhr, (Sonntags von 2-7 Uhr, an den
Feiertagen geschlossen). Die Bücherei umfasst belehrende und
unterhaltende Schriften; auch einige Zeitschriften liegen
auf. Die Bücherei ist jedermann unentgeltlich zugänglich;
ganz besonders wird die reifere Jugend zum Besuch eingela-
den. Ein Verzeichnis der Neuanschaffungen der letzten
Jahre ist im Lesezimmer angeschlagen.
Der Georgenäumsrat.

Sprengstoffe
Sprengkapseln
Zündschnüre
zum
Stockholz-
machen
Gerhard Paulus, Liebenzell,
Fernsprecher 15.



In der Tageszeitung
das lehrt ja die Erfahrung, ist die
Anzeige
die wirkungsvollste Reklame!